

21.1.2016

**Rektorenkonferenzen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz:
Kritik am Umgang mit regierungskritischen Wissenschaftlern in der Türkei**

Mit großer Sorge beobachten die Rektorenkonferenzen Deutschlands (HRK), Österreichs (uniko) und der Schweiz (swissuniversities) den Umgang des türkischen Staates mit regierungskritischen Wissenschaftlern.

Die Präsidenten Prof. Dr. Horst Hippler (HRK), Dr. Sonja Hammerschmid (uniko) und Prof. Dr. Michael Hengartner (swissuniversities) kritisierten die Repressionen der türkischen Regierung gegen Unterzeichner des Aufrufs „Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein“ scharf und forderten den Schutz der Meinungsfreiheit in der Türkei.

HRK-Präsident Hippler: „Meinungsfreiheit und die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sind untrennbar miteinander verknüpft. Wie allen anderen mündigen Bürgern eines demokratischen Staates, so muss es auch Wissenschaftlern offenstehen, ihre Meinung frei zu äußern. Die traditionell guten deutsch-türkischen Hochschulbeziehungen sind für uns von großer Bedeutung; umso mehr berühren uns die jüngsten Ereignisse.“

Uniko-Präsidentin Hammerschmid: „Die freie Meinungsäußerung ist ein Grundpfeiler europäischer Werte und der internationalen Scientific Community, die von jeder Regierung zu respektieren sind.“

Professor Hengartner: „Hochschulen sind seit jeher Orte freien Denkens und offener Diskussionen. Sie bedürfen daher eines besonderen Schutzes.“

HRK-Präsident Hippler ist auch Mitunterzeichner eines offenen Briefes des internationalen Netzwerkes *Scholars at Risk* an den türkischen Staatspräsidenten Tayyip Erdogan. Der Brief wird heute auf <http://scholarsatrisk.nyu.edu/> veröffentlicht.

Der Aufruf „Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein“ fordert ein Ende des türkischen Militäreinsatzes in den kurdisch geprägten Gebieten des Landes und mahnt eine friedliche Lösung des Konflikts an. Seit der Veröffentlichung des Aufrufs am 10. Januar 2016 kam es zu einer Reihe von Verhaftungen. Weiteren Wissenschaftlern droht die Verhaftung, eine Anklage oder die Auflösung ihres Beschäftigungsverhältnisses.

Ergänzende Information:

Eine Presseerklärung der europäischen Rektorenkonferenz (European University Association – EUA), deren Mitglied die drei Rektorenkonferenzen sind, zu den Ereignissen in der Türkei finden Sie [hier](#).